



Rechtswidriger Export von Brennelementen

Nicht überraschend kommt die Formulierung: „Bestrahlte Brennelemente aus Versuchs-, Demonstrations- und Forschungsreaktoren können zur Verwertung ins Herkunftsland des Kernbrennstoffes verbracht werden.“ (Entwurf NaPro S. 5 und 7) Schließlich haben Bundes- und nordrhein-westfälische Landesregierung bereits im April einen letter of intend mit der US-Administration für einen Export der Brennelemente aus dem AVR Jülich und dem THTR Hamm-Uentrop unterzeichnet.

Da es an keiner Stelle einen Hinweis auf die Notwendigkeit einer Änderung des Rechtsrahmens gibt, ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung diesen Export im Rahmen der aktuellen Gesetzeslage durchführen will. Der Export von Brennelementen von anderen als Forschungsreaktoren verstößt jedoch gegen geltendes nationales und EU-Recht (Atomgesetz §9 Absatz 1 Satz 2, Standortauswahlgesetz §1 Absatz 1 Satz 2, Abfallverbringungsverordnung § 9 Absatz 1 Nummer 4, sowie Artikel 4 Absatz 4 Richtlinie 2011/70/EURATOM). Nach Lesart der Bundesregierung wären neben den Brennelementen aus dem AVR Jülich, dem THTR Hamm Uentrop auch die Brennelemente aus dem Schnellen Brüter KNK II in Karlsruhe, die derzeit in Castoren im Zwischenlager Nord lagern, von einer Exportmöglichkeit erfasst.

Schlichtweg irreführend ist die Feststellung im Nationalen Entsorgungsprogramm, dass „Bestrahlte Brennelemente aus Prototyp-, Demonstrations- und Forschungsreaktoren [...] in der Regel in das Ursprungsland des Kernbrennstoffs oder in das Herstellerland der Brennelemente zur Verwertung zurückgeführt wurden.“ (Entwurf NaPro S. 11) Die Bundesregierung fasst in der Kategorie der Prototyp- und Demonstrationsreaktoren acht Reaktoren zusammen: Den Heißdampfreaktor Großwelzheim, das Versuchsatomkraftwerk Kahl, das AKW Niederaichbach, den Schnellen Brüter KNK II und den Mehrzweckforschungsreaktor aus Karlsruhe, den Atomtrieb des Schiffs Otto-Hahn und eben den AVR Jülich und den THT Hamm-Uentrop. Von den 189,6 t SM an Brennelementen, die in diesen acht Reaktoren anfielen, wurde die größte Menge 107,3 t SM in der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe aufgearbeitet. Unabhängig davon, ob die jeweiligen Brennelemente in Deutschland oder dem Ausland produziert wurden, kann von einer „Rückführung“ hier keine Rede sein. 18,1 t wurden bei der BNFL (GB) oder Eurochemic (Belgien) wiederaufgearbeitet. Im Ausland verbleiben 48,3 t bei der CEA (Frankreich) aus dem AKW Niederaichbach und dem KNK II und 6,9 t bei der SKB (Schweden), jeweils ein kleiner Teil der angefallenen Brennelemente im VAK Kahl und dem MZFR Karlsruhe.

Variante 1: Abkehr von der getrennten Lagerung von Abfällen mit geringer Wärmeentwicklung und wärmeentwickelnden Abfällen

Endlich bezieht in diesem Entwurf endlich auch die Bundesregierung den rückzuholenden Müll aus der ASSE II und die uranhaltigen Abfälle aus Gronau in ihre Müllbetrachtung mit ein. Damit hat die Bundesregierung allerdings immer noch nicht alle Partien radioaktiver Abfälle erfasst, die gering wärmeentwickelnd und von der Genehmigung für Schacht KONRAD nicht abgedeckt sind. Dazu gehören weiterhin ca. 1.000 t graphithaltige Abfälle aus Forschungsreaktoren und Entwicklung, ca. 35 t thoriumhaltige Abfälle aus Kerntechnik und Industrie und Abfälle aus dem Institut für Transura-

ne.¹

Eine grundlegende Änderung bisheriger Vorgehensweise bedeuten die Vorschläge zum Umgang mit dem Müll aus Gronau und der ASSE II. Zum einen wird darauf hingewiesen, dass diese Partien „vorsorglich bei der Planung des Endlagers nach dem Standortauswahlgesetz berücksichtigt“ werden sollen. (Entwurf NaPro S. 5 und 7).

Die bisherige „Endlager-Planung“ der Bundesregierung ging von einer getrennten Lagerung von Abfällen mit geringer Wärmeentwicklung und wärmeentwickelnden Abfällen aus. In einer Broschüre des Bundeswirtschaftsministeriums von 2008 zu Gorleben ist zu lesen: „Die verschiedenen physikalisch-chemischen Eigenschaften dieser zwei unterschiedlichen Abfallkategorien stellen unterschiedliche Anforderungen an ihre Endlagerung in tiefen geologischen Formationen. In Deutschland wird daher das so genannte Zwei-Endlager-Konzept verfolgt, d.h. die Endlagerung der zwei Abfallkategorien in getrennten Endlagern in verschiedenen Endlagerformationen.“²

Nun will die Bundesregierung so nebenbei, mindestens 300.000 m³ Abfälle mit geringer Wärmeentwicklung bei den Planungen für das Lager für hochradioaktive Abfälle mit einbeziehen. Zum Vergleich: Das Bundesamt für Strahlenschutz schätzt das Volumen der hochradioaktiven Abfälle auf 28.100 m³, weniger als ein Zehntel des Volumens der anderen Abfallpartien.³ Damit wird das Zwei-Endlager-Konzept eindeutig verlassen und es stellt sich die Frage, warum dann nicht gleich Planungen für die Lagerung aller radioaktiven Abfälle an einem Standort aufgenommen werden.

Variante 2: Doppelte Menge für Schacht KONRAD

Alternativ zur Lagerung der Abfälle aus Gronau und der ASSE II gemeinsam mit den hochradioaktiven Abfällen schließt die Bundesregierung eine Erweiterung von Schacht Konrad für diese Abfälle nicht aus. Entlarvend ist, dass diese Erweiterung „ggf. nach dessen Inbetriebnahme geprüft werden soll.“ (Entwurf NaPro S. 5 und 14). Abgesehen davon, dass man vermutlich weniger Widerstände vermutet wenn das Lager einmal in Betrieb ist, geht mit der Inbetriebnahme von Konrad die Genehmigungskompetenz auf das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung über.

Im Zuge des Standortauswahlgesetzes wurden in AtG § 23 d die Zuständigkeiten des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung geregelt: Das BfKE wird zuständig für Planfeststellung und Genehmigungen, bergrechtliche Zulassungen, Bergaufsicht und wasserrechtlichen Erlaubnisse für Endlager. AtG § 58 Absatz 6 legt explizit fest, dass diese Verlagerung der Kompetenzen vom Land auf den Bund bei Erteilung der Zustimmung zur Inbetriebnahme stattfindet. Dann erspart sich der Bund die zuweilen lästigen Auseinandersetzungen mit den Landesbehörden über Sicherheitsfragen und kann im eigenen Haus besser durchregieren.

Für KONRAD gibt es laut Genehmigung nicht nur eine Volumenbegrenzung sondern auch eine Begrenzung der einzulagernden Radionuklide. Deshalb lässt sich das Volumen nicht einfach ver-

1 Neumann, Wolfgang und Kreusch, Jürgen: „Das geplante Endlager Konrad muss auf den Prüfstand“ in Strahlentelex 668-669 vom 06.11.2014, Seite 3.

2 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland – Das Endlagerprojekt Gorleben“, Berlin Oktober 2008, Seite 11.

3 <http://www.bfs.de/de/endlager/abfaelle/prognose.html>, (Der Nationale Entsorgungsplan gibt die Mengen nur in Tonnen an).

doppeln. Im Gegenteil, auf diesem bisher erwarteten Abfallinventar beruhen die zugegebenermaßen veralteten Sicherheitsberechnung. Eine Ausweitung erfordert deshalb neue Berechnungen. Es muss zunächst geklärt werden, für welchen Müll Schacht KONRAD nun tatsächlich ausgebaut werden soll. Für das gesamte geplante Einlagerungsinventar muss ein ordentliches Planfeststellungsverfahren inklusive Langzeitsicherheitsnachweis nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik eingeleitet werden. Es ist nicht seriös, mit Schacht KONRAD ein Atommülllager auf dem Stand von Wissenschaft und Technik von vor 25 Jahren einzurichten, nur weil eine rechtskräftige Genehmigung vorhanden ist und dann nach Inbetriebnahme scheibchenweise immer mehr Müll dort eingelagert werden soll.

Zeitprobleme werden negiert

Die Bundesregierung stellt fest, „Der Rückbau aller Kernkraftwerke zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität und aller übrigen kerntechnischen Anlagen und Einrichtungen, die im Betrachtungszeitraum außer Betrieb gehen, erfolgt so rechtzeitig, dass die dabei entstehenden vernachlässigbar Wärme entwickelnden radioaktiven Abfälle in das Endlager Konrad eingelagert werden können.“ (Entwurf NaPro S. 5f. Und 13) Der Betrachtungszeitraum scheint 2080 zu sein. Tatsächlich erlischt die wasserrechtliche Erlaubnis für Schacht KONRAD im April 2047. Bis dahin ist der Rückbau jedoch nicht abgeschlossen. Die Bundesregierung plant selbst an anderer Stelle für die Hauptabteilung Dekontaminationsbetriebe (HDB), also der Abfallbehandlung und Lagerung im Forschungszentrum Karlsruhe mit einem Zeitraum bis 2063.⁴

Auch der Bericht der Entsorgungskommission vom 2. Juli 2014 äußert erhebliche Zweifel am Zeitplan für die Einlagerung in Schacht KONRAD und stellt z.B. fest: „Obwohl seit über 20 Jahren die vorläufigen Endlagerungsbedingungen bzw. Endlagerungsbedingungen Konrad bekannt sind und zumindest im radiologischen Teil dieser Endlagerungsbedingungen keine Änderungen mit einer Relevanz für die meisten Ablieferungs- und Abführungspflichtigen durchgeführt wurden, liegt nur eine geringe Anzahl vollständig dokumentierter Abfallgebinde vor. Dies lässt Zweifel aufkommen, dass eine spätere Einlagerungsmenge von 10.000 m³ im jährlichen Mittel als realistisch angesehen werden kann.“⁵

Dürftige Darstellung zu ASSE II und Morsleben

Die Darstellungen zu den beiden Atommüll-Endlagern ASSE II und Morsleben, die beide havariert sind, sind äußerst dürftig. Weder wird dargestellt, wie eine Beschleunigung der Rückholung der Abfälle aus der ASSE II erreicht werden soll. Noch wird auf die Probleme des Bundesamtes für Strahlenschutz beim Nachweis der Langzeitsicherheit von Morsleben eingegangen. Angesichts der komplizierten geologischen Verhältnisse und der Vornutzung des Bergwerks Schacht Bartensleben – Schacht Marie bemängelte die Entsorgungskommission in ihrer Stellungnahme vom 31.03.2013 unter anderem die mangelnde Faktenlage, die das BfS seinen Computersimulationen für den Langzeitsicherheitsnachweis zugrunde gelegt hat, als auch die fehlende Orientierung an den Si-

4 Bundesministerium der Finanzen: „Mittel- und langfristiger Mittelbedarf für die Stilllegung und Entsorgung nuklearer Versuchsanlagen“ Mai 2014, Seite 6.

5 Stellungnahme der Entsorgungskommission: „Stand der Vorbereitungen hinsichtlich der Bereitstellung radioaktiver Abfallgebinde für das Endlager Konrad“, 02.07.2014, S. 29.

cherheitsanforderungen des BMU an ein Endlager für radioaktive Abfälle.⁶ Die Erteilung der Stilllegungsgenehmigung verschiebt sich auf unbestimmte Zeit.

Rechtsrahmen wird von der Bundesregierung selbst nicht eingehalten

Wie oben dargelegt, ist zwar ein Rechtsrahmen vorhanden, dieser wird jedoch mindestens beim geplanten Export der AVR- und THTR-Brennelemente von der Bundesregierung selbst verletzt und wird damit ad absurdum geführt.

Unklar ist, inwieweit der Absatz über die funktionale Trennung so wie formuliert im endgültigen Text bleiben soll. Falls ja, wäre die Information falsch denn mit der Konzentrierung der Kompetenzen beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgung werden die Landesbehörden ihrer Kompetenzen entmachtet und alle Kompetenz, einerseits Antragstellung und Betrieb und andererseits Genehmigung und Aufsicht liegen in den Händen zweier direkt dem BMU unterstehender Bundesbehörden.

Öffentlichkeitsbeteiligung – eine Farce

Völlig zur Farce gerät der Abschnitt über die Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Bundesregierung hat das Prinzip einer Öffentlichkeitsbeteiligung gründlich missverstanden, wenn sie die Information der Öffentlichkeit durch Betreiber und Behörden als wesentlichen Bestandteil ansieht. Zu einer echten Beteiligung gehören echte Mitspracherechte und nicht die Information durch Druckerzeugnisse des Betreibers einer Anlage.

Tatsächlich ist durch das Standortauswahlgesetz die informelle Beteiligung der Öffentlichkeit ausgeweitet und institutionalisiert worden. Dies geht jedoch einher mit einer Beschneidung von Klage-rechten und damit den tatsächlichen Rechtsmöglichkeiten der Bevölkerung.

Was fehlt:

- ➔ Ein Bewertung des tatsächlichen Zustandes des radioaktiven Abfalls an den verschiedenen Standorten, sowie ein Ansatz für die Lösung von Problemen (z.B. Bergung der radioaktiven Flüssigkeiten in der Kaverne in Brunsbüttel, Langfristiger Umgang mit dem Reaktordruckbehälter des AVR).
- ➔ Die Einbeziehung weiterer Chargen radioaktiver Abfälle die gering wärmeentwickelnd sind und nicht nach KONRAD können.
- ➔ Die Einbeziehung der freigegebenen Abfälle und der damit verbunden flächendeckenden und unkontrollierten Verbreitung geringer Radioaktivität im Alltag.
- ➔ Die Einbeziehung der radioaktiven Abfälle der SDAG Wismut, die von ihrer Konsistenz her als radioaktive Abfälle anzusehen sind, da die Wismut heute noch nach Strahlenschutzrecht der DDR saniert wird, rechtlich keine radioaktiven Abfälle sind.

⁶ Stellungnahme der Entsorgungskommission: „Langzeitsicherheitsnachweis für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), 31.01.2013